

Vorlage

031/2020

**Finanzen**

Geschäftszeichen: II-902.41  
03.02.2020

---

Ältestenrat	03.02.2020	nicht öffentlich	Kenntnisnahme
Verwaltungsausschuss	19.02.2020	nicht öffentlich	Kenntnisnahme
Gemeinderat	04.03.2020	öffentlich	Kenntnisnahme

---

### Thema

Allgemeine Anträge und Anregungen des Gemeinderats bei der Generaldebatte des Haushalts 2020

### Beschlussantrag

Der Gemeinderat nimmt die Informationen und die vorgesehene Behandlung der allgemeinen Anträge und Anregungen aus der Generaldebatte zum Haushalt 2020 zur Kenntnis.



Bolay  
Oberbürgermeister

gez. Lechner  
Erster Bürgermeister

### Erläuterungen

Die Informationen und die vorgesehene Behandlung der allgemeinen Anträge und Anregungen aus dem Gemeinderat zum Haushaltsplan 2020 sind in der Anlage dargestellt

### Finanzielle Auswirkungen

Produkt- / Auftragskonto:

	<b>Kostenart bzw. Investition</b>	<b>Einzahlungen/ Erträge in €</b>	<b>Auszahlungen/ Aufwendungen in €</b>
einmalig			
jährlich			

### Finanzierung durch

- |  |   |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Haushaltsmittel                                 | <input type="checkbox"/> Ermächtigungsrest            |
| <input type="checkbox"/> Überplanmäßige Auszahlungen                     | <input type="checkbox"/> Außerplanmäßige Auszahlungen |
| <input type="checkbox"/> Deckung über- und außerplanmäßiger Auszahlungen |   |

**I. Fraktion Freie Wähler Ostfildern e.V.**

1. Die Fraktion fordert die Verwaltung auf, die Verschiebungen bei den Overhead-Kosten in einer Fußnote auf der entsprechenden Seite darzustellen.
2. Die Freien Wähler fordern die Verwaltung auf, im Bereich Personalgewinnung aktiver zu werden. Es wird empfohlen, die neuen Medien wie Facebook und Instagram zu nutzen. Eine junge Stadt wie Ostfildern sollte sich als moderner und zukunftsweisender Arbeitgeber darstellen und präsentieren.
3. Die Fraktion beantragt erneut, dass zuerst eine Planung für die Erich Kästner-Schule mit entsprechender Zeitschiene erstellt und erst danach der Umbau in der Schule im Scharnhäuser Park angegangen wird.
4. Die Freien Wähler bitten bezüglich der neuen Kita Ludwig-Jahn-Straße 17 um eine detaillierte Kostengegenüberstellung zwischen den dem Preisgericht vorgestellten Kostenvorstellungen der Architekten und den tatsächlich entstandenen Kosten. Die Fraktion möchte wissen, welche zusätzlichen Wünsche und Ideen die Kosten so deutlich erhöht haben. Die Steigerungen nur der Baukonjunktur zuzuschreiben, genügt hier sicher nicht.
5. Die Freien Wähler beantragen erneut die Auswirkungen über die finanziellen und personellen Folgen eines weiteren Einwohnerzuwachses auf die städtische Infrastruktur zu ermitteln.
6. Die Fraktion fordert die Verwaltung auf, mit den Landwirten in Ostfildern das Gespräch zum Thema Artenschutz und ökologischer Vielfalt zu suchen. Ein erster und einfacher Ansatz wären blühende Ackerrandstreifen.

**Anmerkungen / Erledigung**

Die Beantwortung erfolgt in der Finanzklausur am 16.03.2020.

Im Personalbericht 2018 (Vorlage 138/2019) wurden die gängigen Ausschreibungskanäle der Stadt dargestellt. Neben diesen wird versucht - abhängig von der Stelle - eine noch zielgruppengerechtere Ansprache zu erreichen. Dies schließt teils auch die Schaltung von Anzeigen auf bspw. Instagram oder die Verlinkung auf Facebook ein.

Der Antrag wurde bereits letztes Jahr gestellt und ist am Ende unter den offenen Anregungen aus der Generaldebatte 2019 auf Seite 11 aufgeführt. Die Workshops der Schule im Park sind abgeschlossen. Daraufhin wurde die Planung gestartet. Die Verwaltung erkennt keinen Vorteil darin, die Planung nun zu stoppen. Die Planung der Erich Kästner-Schule wird so gestartet, dass der frühest mögliche Baubeginn realisiert werden kann.

Die Verwaltung wird einen detaillierten Kostenvergleich erstellen, sobald die Hauptgewerke schlussgerechnet sind. Da mit einigen Firmen noch keine Einigung erzielt werden konnte, wird der Vorgang noch einige Zeit in Anspruch nehmen

Der Antrag wurde bereits letztes Jahr gestellt und ist am Ende unter den offenen Anregungen aus der Generaldebatte 2019 auf Seite 11 aufgeführt. Die für ein neues Baugebiet erforderliche Infrastruktur wird aus dem betreffenden Gebiet finanziert. Der Bedarf an neuen Baugebieten wird aus dem FNP abgeleitet. Die Zahlen aus dem Gutachten von Biregio werden aktualisiert, wo sich Voraussetzungen nach der Erstellung geändert haben und sollen künftig jährlich fortgeschrieben werden.

In den Halbjahresgesprächen mit der Landwirtschaft wird das Thema besprochen. Es handelt sich dabei um einen ergänzenden Ansatz, da die Verwaltung bereits 2017 ein Konzept für Blühstreifen erstellt hat, das umgesetzt wird. Im Haushaltsplan 2020 wurde für die Erweiterung von Blühwiesen und Wiederherstellung von Wegräben ein Ansatz von 10.000 € aufgenommen.

## II. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1. Die Fraktion beantragt, dass der Radweg Breslauer Straße durchgehend in voller Breite ausgeführt wird. Für den sicheren Übergang ins örtliche Radwegenetz sollen Ergänzungsmittel bereitgestellt werden.

Der Geh- und Radweg Breslauer Straße kann wegen eines gesunden Kirschaums nicht durchgängig in voller Breite ausgebaut werden. Der regulär 2,50 m breite Geh- und Radweg wird im Bereich des Baumes auf einer Länge von 6 m auf ca. 1,50 m verschmälert. Diese Verjüngung wird durch einen Belagswechsel kenntlich gemacht. Die Verengung wurde zudem mit der Verkehrsbehörde abgestimmt. Am 10.04.2019 wurde im ATU abgestimmt, dass der ortsbildprägende Baum nicht gefällt wird. Der Weg darf durch den Radverkehr lediglich bergauf genutzt werden (bergab fahren Radfahrer im Straßenverkehr). Es findet dort kein Begegnungsverkehr statt, also entsteht durch diese Verengung keine Gefahrenstelle. An einem sicheren Übergang in das örtliche Radwegenetz wird gearbeitet. Die Planung sieht bisher vor, dass der Radverkehr am Ende des neuen Geh- und Radwegs durch eine Bordsteinabsenkung in den Straßenverkehr eingeleitet wird. Die Stadt hat 2019 eine Machbarkeitsstudie zur Verlängerung des Geh- und Radwegs beauftragt. Diese kam zu dem Ergebnis, dass die Weiterführung eines gemeinsamen Geh- und Radwegs auf dem bestehenden Gehweg auf Grund der zu geringen Gehwegbreite nicht möglich ist. Um eine Breite auf min. 2,50 m zu erreichen, müsste u.a. ein Grunderwerb mehrerer Teilflächen unterschiedlicher Besitzer stattfinden. Ein Versetzen des vorhandenen Bordsteins würde die drei vorhandenen Fahrspuren derartig verschmälern, dass eine Mindestbreite von 3,00 m nicht mehr durchgängig erreicht werden würde, wodurch die heutigen Fahrbeziehungen nicht mehr möglich wären. Es werden weitere Alternativen überprüft, die zudem auch den bergab fahrenden Radverkehr berücksichtigen. Die Verwaltung informiert, sobald eine verträgliche Lösung gefunden ist.

2. Die Fraktion möchte an den Stadtbahnhaltestellen Nellingen und Ruit sowie auf dem Campus in Nellingen das Fahrradparken auf zwei Ebenen ("Doppelparker") ermöglichen. Bei der Überdachung sollen Photovoltaik-Dächer zum Einsatz kommen.

Diese Lösung wird hinsichtlich der Verfügbarkeit vorhandener Flächen und der zu erwartenden Baukosten geprüft. Überdachte Doppelparker werden im Zuge der Sanierungsmaßnahmen in den beiden Fahrradkellern der Gymnasien berücksichtigt.

3. Zur Erprobung des richtigen Standortes sollen sichere "mobile" Fahrradabstellanlagen aufgestellt werden um die Akzeptanz zu testen (z.B. An der Halle in Nellingen, vor dem Bonusmarkt in Ruit).

Diese Anregung ist in Bearbeitung.

4. Die Fraktion fordert das erfolgreiche Konzept für das sichere Abstellen von Fahrrädern an Bushaltestellen (Ruit Kirche) bei der Neuorganisation von Bushaltestellen (Barrierefreiheit, neue Wartehäuschen) auch weiterhin umzusetzen.

Anregung wird - wo baulich umsetzbar - durchgeführt.

5. Außerdem wird beantragt, dass an Fahrradabstellanlagen ein Schild "Parken nur für Fahrräder" angebracht wird, um die Blockierung der Fahrradbügel durch Motorräder /-roller zu vermeiden.

Ein solches Verkehrszeichen gibt es im Verkehrszeichenkatalog der Straßenverkehrsordnung (StVO) nicht. Es wäre daher sogar rechtswidrig, da der Verkehrszeichenkatalog abschließend geregelt ist – d.h. es dürfen keine Verkehrszeichen „erfunden“ werden. Der Gemeindevollzugsdienst wird im Rahmen seiner Fußstreifen die Fahrradabstellanlagen, wie seither auch, kontrollieren und bei Verstößen, Ahndungen im rechtlich möglichen Rahmen vornehmen.

6. Die Fraktion möchte, dass blühende Wegesäume entlang städtischer Wirtschaftswege in der freien Landschaft erhalten oder wiederhergestellt werden, da diese wichtige Vernetzungsbiotope für blütensuchende Insekten darstellen.

s. Fraktion Freie Wähler Nr. 6.

7. Bündnis 90/Die Grünen fordern, dass Gespräche mit Landwirten geführt werden um die Anlage von Ackerrandstreifen zum Schutz der Artenvielfalt zu sichern.

Die geforderten Gespräche sind bereits angelaufen.

8. Die Fraktion beantragt, dass städtische Pachtflächen vorzugsweise an ökologisch wirtschaftende Betriebe vergeben werden.

In den Pachtverträgen wird die Einhaltung von ökologischen Standards vorgegeben. Die Verträge für Neuverpachtungen wurden erst Ende 2019 überarbeitet.

9. Die Fraktion möchte im Bereich der Personalgewinnung im Kindertagesstätten- und Hortbereich eine verstärkte (An-)Werbung in der Stadtrundschau. Gleichzeitig sollen Weiterbildungskurse bei der Kinderpflege in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Esslingen oder der Volkshochschule eingerichtet werden, um Quereinsteigenden die Tätigkeit in der Kinderbetreuung zu ermöglichen. Außerdem soll darüber hinaus in allen Stadtteilen geprüft werden, ob Ganztages-Grundschulkassen angeboten werden, um so vom gemeinsamen Pool an Lehrkräften und pädagogischem Personal zu profitieren, um Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verlässlich zu ermöglichen und Kindern zu mehr Chancengerechtigkeit zu verhelfen.

Zur Kitabedarfsplanung wird es drei Strategieworkshops mit dem Gemeinderat geben. Zudem führt der FB 2 unter externer Begleitung Interviews und Priorisierungsworkshops zu den Themen Personalgewinnung und -bindung durch. Erste Ergebnisse werden im 2. Quartal 2020 vorliegen und dem Gemeinderat dann vorgestellt.

### III. CDU-Fraktion

1. Die CDU erinnert an den letztjährigen Antrag, bei Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben die Balance zwischen Machbarem und Wünschenswertem zu finden. Im Zusammenhang hat die CDU-Fraktion noch folgende Fragen:

Der Antrag wurde bereits letztes Jahr gestellt und ist am Ende unter den offenen Anregungen aus der Generaldebatte 2019 auf Seite 11 aufgeführt. Ein Bericht der Kultureinrichtungen ist für das 2. Halbjahr 2020 vorgesehen.

- Wie hoch ist der Anteil der Bevölkerung an der Nutzung der städtischen Galerie?
- Welche Meinung vertreten die VHS, die Musikschule und die Verwaltung zum Thema Wachstum unter Berücksichtigung der Aufsiedlung neuer Stadtteile?
- Sollen die Einrichtungen weiter wachsen oder muss man eine Kapazitätsgrenze setzen?

2. Die Fraktion erinnert die Verwaltung an den Antrag, den Raumbedarf der Gemeinschaftsschule in Zahlen und Kosten darzustellen.

Die Schülerzahlenentwicklung der Gemeinschaftsschule liegt vor (Gutachten Biregio vom Mai 2018). Die Größe der Gemeinschaftsschule wurde vom Gemeinderat mit 3,5 Zügen beschlossen. Die weiteren Untersuchungen, einschließlich der Erarbeitung des Raumprogramms werden im Jahr 2021 fortgesetzt. Eine erste, grobe Einschätzung zur voraussichtlichen Größe (m<sup>2</sup>) und Kosten, ist aus der Präsentation vom GR 19.12.2019 ersichtlich.

3. Die Fraktion beantragt, dass die Kooperation von Bauverwaltung und dem Fachbereich 2, sowie die Rolle und Aufgaben des Fachbereichs 2, die im Zusammenhang mit Zukunftsplanungen von Schulen und Kindergärten anfallen, im Rahmen einer externen Beratung thematisiert werden.

Die Verwaltung wird die bereits praktizierte Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen im ersten Quartal 2020 unter Informationen der Verwaltung erläutern. Die Schnittstellenabgrenzungen und Aufgaben des FB 2 können im Rahmen der beauftragten externen Beratung nur am Rande Einfluss finden, sollen aber benannt und eingebracht werden.

4. Die CDU-Fraktion fordert erneut, dass die Verwaltung ein Organigramm, welches detailliert die Zuordnung der verschiedenen Aufgaben im Fachbereich 2 darstellt, vorlegt.

Das bestehende Organigramm wird aktualisiert und dem Gremium zugesandt. Zudem werden die genauen Aufgabenzuschüsse der einzelnen Stellen detailliert dargestellt und dem Gremium zur Kenntnis gegeben.

5. Die CDU beantragt, dass die Grundschule Kemnat dringend und zeitnah entsprechende Sanierungsmaßnahmen braucht, vor allem der Zustand der Toiletten ist schnell und ohne Zeitverlust in Ordnung zu bringen.

Eine grundlegende Sanierung der Grundschule in Kemnat ist in der mittelfristigen Haushaltsplanung für 2023 vorgesehen. Bis dahin können kleinere Vorab-Maßnahmen realisiert werden. Der Zustand der Toiletten ist mit der Schule angesprochen worden. Die Nutzung der WCs ist uneingeschränkt möglich.

<p>6. Die Verwaltung wird gebeten routinemäßig die Sicherheit der Schulwege zu überprüfen. Des Weiteren bittet die CDU-Fraktion dem Vorwurf aus Kemnat nachzugehen, dass es vorkommt, dass Kinder nicht mitgenommen werden, weil die Schulbusse voll sind.</p>	<p>Die Straßenverkehrsbehörde überprüft regelmäßig durch den Gemeindevollzugsdienst die Sicherheit der zahlreichen Schulwege, indem Fußstreifen im Bereich der Schulen stattfinden und bei auffallendem Fehlverhalten Hinweise/Verwarnungen an die sich falsch verhaltenden Personen erfolgen. Es werden auch sog. Gehwegparker verwarnt. Bei technisch relevanten Sachverhalten, die dem GVD auffallen, wie bspw. „schlechte“ Ausleuchtung, erfolgt ein Hinweis an den FB4. Zu Schulbeginn, sprich nach den Sommerferien, werden verstärkt Geschwindigkeitskontrollen an den Schulen vorgenommen. Daneben finden auch unterjährig Geschwindigkeitskontrollen an den Schulen statt – u.a. auch nach erfolgten Hinweisen aus der Bürgerschaft. Die Stadtverwaltung hat den Vorwurf an das Landratsamt weitergeleitet. Von dort steht aktuell noch eine Antwort aus.</p>
<p>7. Die CDU möchte wissen, ob bei der Umwandlung weiterer Schulen in Ganztageschulen mit einer ähnlich flexiblen Regelung wie an der Grundschule Ruit zu rechnen ist.</p>	<p>Die Verwaltung wird im ersten Halbjahr 2020 einen Erfahrungsbericht in Bezug auf die flexiblen Betreuungsformen an der Grundschule Ruit einbringen.</p>
<p>8. Die CDU bittet die Verwaltung um Stellungnahme, wie aus deren Sicht eine realistische Planung der Investitionen für das Jahr 2020 aussieht, welche Maßnahmen priorisiert werden sollten und welche zurückgestellt werden könnten.</p>	<p>Die Investitionsprojekte werden jährlich in der Finanzklausur und im Eckwerteabschluss priorisiert. Die investiven Mittelabflüsse 2018 (18,2 Mio. €) und 2019 (19,6 Mio. €) waren in etwa plangemäß.</p>
<p>9. Die Fraktion bittet um Antwort, ob die dargestellte Sicht der Realschule über die Probleme im Bereich der Multimedia-Ausstattung und über die Ungleichbehandlung gegenüber den anderen Schulen so stimmt.</p>	<p>Die Verwaltung wird hierüber unter Informationen der Verwaltung in einer der nächsten Sitzungsrunden berichten.</p>
<p>10. Die Forderungen der Schulen nach mehr Sozialarbeiterstellen sind aus Sicht der CDU gerechtfertigt.</p>	<p>Die Verwaltung ist bezüglich der fachlichen Einschätzung mit der KiJu in Kontakt und wird im ersten Halbjahr 2020 eine Vorlage mit Wirkung zum Schuljahr 2020/2021 ins Gremium einbringen.</p>
<p>11. Die CDU fordert die Verwaltung auf, Ostfildern als Arbeitsplatz für Erzieherinnen und Erzieher attraktiv zu gestalten. Des Weiteren stellt die CDU-Fraktion die Frage, ob es ausschließlich studierte Fachkräfte sein müssen.</p>	<p>Im Personalbericht 2018 ist dargestellt, was die Stadt Ostfildern ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern neben der tariflichen Bezahlung bietet. Auch auf spezielle Berufsgruppen wie z.B. Erzieherinnen und Erzieher wird darin eingegangen. Weitere Optimierungen werden fachbereichsübergreifend weiterentwickelt und finden ihren Einfluss auch in den Strategieworkshops. Als pädagogische Fachkräfte werden Kräfte nach § 7 Abs. 2 KiTaG beschäftigt. Dies können auch Absolventinnen/ Absolventen von Fachschulen (wie z.B. Erzieherinnen/ Erzieher, Kinderpflegerinnen/ Kinderpfleger, Heilpädagoginnen/ Heilpädagogen) sein.</p>
<p>12. Die Fraktion fordert eine zeitnahe Satzungsänderung der Schulkindbetreuung, damit die Situation in Zukunft mit weniger Stress, transparenter und für alle Seiten zufriedenstellend verläuft.</p>	<p>Eine Vorlage ist bis zur Sommerpause vorgesehen.</p>
<p>13. Die Fraktion bittet die Verwaltung um Überprüfung, ob es an der einen oder anderen Stelle in Ostfildern möglich ist, neben den Jugendhäusern Treffpunkte für Jugendliche zu akzeptieren bzw. auszuweisen.</p>	<p>Grundsätzlich werden öffentliche Plätze unabhängig vom Alter der Nutzer geplant. Für den Fall, dass in Zukunft ausdrücklich Treffpunkte für Jugendliche zusätzlich zu den Jugendhäusern ausgewiesen werden sollten, spräche aus Sicht der Verwaltung so lange nichts dagegen wie die "Regularien" zur Einhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung - z.B. aus der städtischen Polizeiverordnung - eingehalten werden.</p>

<p>14. Die CDU möchte wissen, welche Chancen die Verwaltung für den Bau einer Kaltlufthalle sieht, wenn die Stadt das Grundstück zur Verfügung stellt und die Vereine sich größtenteils um die Finanzierung kümmern.</p>	<p>Aus Sicht der Verwaltung bedarf es eines Nutzungskonzeptes/Anforderungsprofils (Größe, Sportarten, infrastrukturelle Anbindung etc.) von Seiten der Vereine für eine mögliche Standortklärung als Voraussetzung für alle weiteren zu klärenden Fragen. Voraussetzung ist, dass nicht nur der Bau, sondern auch der Betrieb und die Baulast durch die Vereine erfolgt. Die Verwaltung hat hierzu erste Gespräche mit allen vier Sportvereinen geführt.</p>
<p>15. Die Fraktion bittet darum, dass das Sportgelände im Körschtal für die Weiterentwicklung des Sports miteinbezogen werden soll.</p>	<p>Pläne für den Um- und Ausbau des Sportgeländes im Körschtal liegen seit 2011 in mehreren Planungsvarianten vor und wurden zuletzt im April 2014 dem Gemeinderat vorgestellt. Ein Beschluss wurde nicht gefasst. Die Einbeziehung des Bedarfs aus dem Vereinssport in die weiteren Planungen ist selbstverständlich möglich. Das Sportgelände ist Teil der "Maßnahme 11 Freizeitspielfelder" der Sportentwicklungsplanung. Die Umsetzung der Konzeption ist abhängig von der mittel- bis langfristigen Finanzplanung.</p>
<p>16. Die CDU hätte gerne eine Kostenschätzung, inwieweit die Reduzierung bzw. der Wegfall der Hallenkosten als Förderung des Leistungssports gesehen werden kann.</p>	<p>Die Kostenbeteiligung der Sportvereine am Übungsbetrieb betrug 2018 im Rahmen der Energiekostenpauschale rd. 7.400 € (Erwachsene) sowie am Wochenend-/ Spielbetrieb 21.000,- €. Eine Abgrenzung von Breiten- und Leistungssport ist schwierig. Eine Reduzierung bzw. der Wegfall der Hallenkosten für den Leistungssport hätte eine Schlechterstellung des Breitensports sowie bei Reduzierung einen Verwaltungsmehraufwand zur Folge. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass bei einer kostenfreien Bereitsstellung der Räume ein unverbindlicheres Reservierungs- und Mietverhalten entsteht.</p>
<p>17. Die Fraktion fordert eine Fortschreibung der Sportentwicklung mit einem pragmatischen Ansatz, mit Punkten bei der kurzfristigen als auch bei der mittelfristigen Umsetzbarkeit.</p>	<p>Aus dem bestehenden SPEP sind noch umzusetzende Maßnahmen (s. Pkt. 15/CDU oder z.B. Maßnahme 17 der SPEP - Bau eines weiteren Kunstrasenplatzes in Nellingen) vorhanden. Eine punktuelle Fortentwicklung des SPEPs wurde 2020 mit den Vereinen andiskutiert.</p>
<p>18. Die Fraktion fragt an, ob das Thema Hallenbad Kemnat unter der Trägerschaft des Fördervereins eine Zukunft hat.</p>	<p>Mit der HIK e.V. besteht punktuell Kontakt i.R.d. Investitionskostenförderung. Für 03/2020 ist ein Termin mit dem Vorstand geplant. Ein Bericht im VA erfolgt im 2. Quartal 2020.</p>
<p>19. Die CDU bittet um eine Stellungnahme der Verwaltung, welche Planungssicherheit der TV Nellingen und die KiSS für die Planung bei den Sport-Camps hat, da es hier derzeit keinen Ansprechpartner für die Kooperationspartner gibt.</p>	<p>Bei der KiJu gibt es eine Ansprechpartnerin, welche auch für die Sport-Camps zuständig ist.</p>
<p>20. Die Fraktion erinnert an ihren Antrag, welcher Betrag notwendig würde, um eine kostenfreie Beförderung der Kinder und Jugendlichen im Stadtbereich von Ostfildern für den Schulbetrieb zu realisieren. Auch im Hinblick auf die vielen Elterntaxis. Eventuell ließen sich hier auch die Partnergemeinden des Schulverbands dafür gewinnen.</p>	<p>Unter Annahmen von bestimmten Parametern wurde eine Kostenberechnung vorgenommen (siehe Anlage 2). Die Kosten pro Jahr würden zwischen 0,803 und 1,186 Mio. € betragen.</p>
<p>21. Eine strategische Überprüfung der Realsteuerhebesätze wird im Hinblick auf die örtliche Wirtschaft angeregt.</p>	<p>Die Beantwortung erfolgt in der Finanzklausur am 16.03.2020.</p>
<p><b>IV. SPD-Fraktion</b></p>	
<p>1. Die Fraktion fordert die Verwaltung auf darzulegen, welche Planungen zur Bedarfsdeckung der langen Wartelisten auf Kinderbetreuungsplätze bestehen. Die SPD-Fraktion verweist erneut auf ihren Antrag vom Mai diesen Jahres.</p>	<p>Kurzfristige Maßnahmen werden im Rahmen der Strategieworkshops beraten und anschließend von der Verwaltung ins Gremium eingebracht.</p>
<p>2. Die Fraktion SPD erwartet einen Bericht, welche Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung für die Schulkinderbetreuung bestehen und welche weiter geplant sind.</p>	<p>s. Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Nr. 9.</p>

3. Die Fraktion beantragt zur Förderung der Tagespflege die Tageselternbetreuung mit 50 € pro Platz zu fördern, um Anreize zu schaffen, weitere Tagespflegepersonen zu gewinnen und den Tagespflegeverein Esslingen bei Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.	Eine Vorlage wurde in der GR-Sitzung am 11.12.2019 zugesagt.
4. Die Verwaltung wird von der SPD gebeten, die Grundschulen dabei zu unterstützen sich zu Ganztagschulen zu entwickeln.	s. Fraktion CDU Nr. 7.
5. Die Lindenschule benötigt als erste Ganztagschule angemessene personelle Ausstattung, da die Schülerzahlen deutlich gestiegen sind. Die Verwaltung wird um eine Darstellung gebeten, wie diese angemessene Ausstattung aussehen könnte.	Mit Vorlage 002/2020 erfolgt.
6. Die SPD-Fraktion erwartet eine Aufstockung der Schulsozialarbeit an der Realschule Nellingen und der Erich Kästner-Gemeinschaftsschule.	s. Fraktion CDU Nr. 10.
7. Die Verwaltung wird gebeten darzustellen wie die Wahl einer Jugendvertretung in Schulen und Jugendorganisationen organisiert und umgesetzt werden kann.	Die Verwaltung hat in einem gemeinsamen Gespräch mit dem KJR die KiJu beauftragt, ein Konzept für die Kinder- und Jugendbeteiligung insbesondere im Blick auf die Wahl einer Jugendvertretung zu erstellen. Hierfür ist bereits eine Arbeitsgruppe innerhalb der KiJu mit verschiedenen Expertinnen und Experten gebildet. Die Verwaltung wird das Gremium fortlaufend über den Sachstand der Arbeit informieren und die Konzeption der KiJu voraussichtlich noch vor der Sommerpause vorstellen.
8. Die Fraktion bittet um Darstellung, wie der begonnene Prozess der Quartiersentwicklung weiter begleitet und fortgesetzt werden kann und wie die gewonnenen Ergebnisse aus Nellingen modellhaft auf die anderen Stadtteile übertragen werden können.	Mündlicher Bericht im 2. HJ 2020.
9. Die SPD-Fraktion erwartet einen Bericht über die Quartiersentwicklung in Scharnhäusen und die Treffpunktarbeit in Kemnat und Ruit in Richtung Quartiersmanagement mit entsprechender Eingruppierung der Mitarbeiterinnen.	Mündlicher Bericht im 2. HJ 2020.
10. Die SPD-Fraktion bittet die Verwaltung um einen Bericht wie eine niederschwellige Nachbarschaftshilfe (wieder) organisiert werden könnte, die ergänzend und nicht konkurrierend zu den Angeboten der ambulanten Pflegedienstleister angesiedelt ist.	Ein Ansatz zur Prüfung eines solchen Angebotes wurde im Netzwerk Altenhilfe Ende 2018 angesprochen. Die weitere Bearbeitung ist an die zukünftige Gestaltung der Leitstelle gebunden. Zuletzt lag der Arbeitsschwerpunkt in der Leitstelle auf der Realisierung des Projektes "Gutes Älterwerden in Nellingen" und den daraus entstandenen Projekten (WG Zusammen(h)alt, Zeitbank, Nachbarschaft). Bei einer Befragung der ambulanten Pflegedienste im Netzwerk Altenhilfe zeichnete sich eine zunehmende Inanspruchnahme der Haushaltshilfen bei den Diensten ab. Insofern ist aus Sicht der Verwaltung ein solches Projekt in guter Abgrenzung zu den bestehenden Strukturen zu prüfen.

11. Es wird erneut beantragt, dass die Verwaltung prüft, wie eine Seniorenvertretung als Stadtseniorenbeirat entstehen kann.

Die Stadt Ostfildern etablierte in den letzten Jahren (und zukünftig) Prozesse, die immer wieder im Kontext eines guten Älterwerdens stehen. Dabei werden in verschiedensten Zusammenhängen und Systemen Beteiligungen initiiert und Ergebnisse daraus in die Planungen einbezogen. Exemplarisch seien die Bürgerbefragungen im Kontext "Gutes Älterwerden in Nellingen", die Bürgertische, die Nachbarschaftsgespräche oder die Planungsgespräche im Kontext der Stadtsanierung genannt. Insgesamt ist in vielen Beteiligungsprozessen und bei vielen Engagierten eine starke Präsenz von Senioren verschiedenen Alters festzustellen. Das gilt auch für aktive Gruppen in Ostfildern, wie das Forum Gesellschaft Inklusiv, Engagierte in den Stadtteilprojekten oder die Wohnberater. Auch aus diesen Gruppen werden aktiv Anliegen älterer Bürger in die Gestaltungsprozesse eingespeist. Schließlich werden aus dem Kreissenioresenrat und weiteren Seniorenvertretungen Impulse für Ostfildern gesetzt. Aus Sicht der Verwaltung liegt kein Mangel an der Vertretung von Senioreninteressen vor. Daher wird kein Bedarf gesehen, einen Stadtseniorenbeirat für eine weitergehende Gewichtung in Ostfildern zu initiieren.

12. Die SPD-Fraktion möchte wissen, wann ein Aufzug in der Tiefgarage An der Halle realisiert wird, um den Treffpunkt barrierefrei erreichen zu können.

Die Realisierung des Aufzuges in der TG ist bis Jahresende 2020 geplant. Die Baugenehmigung und Ausführungsplanung liegen vor. Die Ausschreibungsunterlagen sind in Vorbereitung.

13. Die Fraktion erwartet, dass in weiteren Gebieten ein Anteil an gefördertem Wohnbau entsteht. Des Weiteren bittet sie um einen Bericht, in welchen Gebieten dies zeitnah zu realisieren ist.

Zeitnah in der Realisierung sind zwei mittelgroße Gebiete "Ob der Halde" und "Parksiedlung Nord Ost II". Beim Baugebiet "Ob der Halde" ist eine Sozialquote gesetzt. Das Baugebiet "Parksiedlung Nord Ost II" ist aufgrund seiner schwierigen Topografie und Geologie sowie der siedlungsgeografischen Lage weniger geeignet. Im Rahmen der städtebaulichen Neugestaltung des sog. „Körschtalblocks“, welcher die Gebäude Körschtalstraße 7, 9, 13 und 15 (bereits im Bau) inkl. der Nebenanlagen umfasst, wird die Stadt Ostfildern ebenfalls einen Teil der entstehenden Wohneinheiten besitzen/ verwalten, in denen sozialer Wohnungsbau vorgesehen ist. In den künftigen möglichen Stadtentwicklungsgebieten wird die Verwaltung zu gegebener Zeit eine Sozialquote vorschlagen.

14. Die SPD-Fraktion fordert die zeitnahe Vorlage eines Mobilitätskonzepts. Dringender Handlungsbedarf besteht an der Verstärkung der Buslinien zwischen Kemnat und Heumaden, hier soll beim Landkreis baldmöglichst eine Verbesserung erreicht werden.

Das Mobilitätskonzept befindet sich in Aufstellung. Die erste Phase ist abgeschlossen und wird zeitnah im Gemeinderat vorgestellt und besprochen werden. Zeitgleich finden Gespräche mit möglichen Büros/ Institutionen statt, um die weitere Bearbeitung zu vergeben.

15. Die Fraktion beantragt erneut die Überarbeitung des Radverkehrskonzepts. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob der Winterdienst für die Hauptradwegeverbindungen auch in dem Bereich des Anschlusses zur Körschtalbrücke durch Umorganisationen ermöglicht werden kann, da die Räumung des Radwegs auf der Brücke nun über den Kreis erfolgt. Die Endhaltestelle und der Campusbereich sind dringend mit weiteren Radbügeln nachzurüsten, Überdachungen an den Haltestellen sind zu ergänzen, weitere Fahrradboxen zu prüfen und der Höfelbachweg wieder instand zu setzen.

Der Themenblock Radverkehr wird im Rahmen des Mobilitätskonzeptes behandelt. Zusätzlich können vorgezogene Erhebungen von kritischen Stellen vorgenommen und Lösungsvorschläge erarbeitet werden, die dann in das Mobilitätskonzept integriert werden. Auf diese Weise können akute Problemstellen kurzfristiger behoben werden. Die Errichtung weiterer Radbügel im gesamten Stadtgebiet wird nach und nach umgesetzt, ebenso wie die Ergänzung von Überdachungen an Haltestellen. Weiterhin soll durch das Aufstellen mobiler Radabstellanlagen erhoben werden, an welchen Stellen Fahrradabstellanlagen ausgelastet sind und an welchen Stellen sie keinen Sinn ergeben. Laut Gemeinderatsbeschluss (11/2016) sollen keine weiteren Radboxen im Stadtgebiet aufgestellt werden. Der Höfelbachweg verläuft durch ein Landschaftsschutzgebiet, daher darf er nicht asphaltiert oder anderweitig befestigt werden. Dadurch kommt es im Zuge von Starkregen immer wieder zu Ausspülungen, wodurch der Weg stark beschädigt wird. Eine Instandsetzung erfolgt nach Kräften regelmäßig, kann jedoch nicht unmittelbar nach einer Beschädigung des Wegs umgesetzt werden. Der Winterdienst im Anschluss Nellingen erfolgt seit 20.01.2020, für den kommenden Winterdienst wird eine frühzeitige Abstimmung versucht. An der Endhaltestelle können keine weitere Radbügel aufgestellt werden wegen fehlendem Platz. Im Campus werden im Frühjahr 2020 zusätzliche Radbügel aufgestellt. Zusätzliche Überdachungen werden geprüft.

16. Des Weiteren wird die Verwaltung gebeten Auskunft über die derzeitigen jährlichen Ausgaben je Einwohner für den Radverkehr in Ostfildern zu geben.

Der investive Grundbetrag 2020 beläuft sich auf 25.000 € (0,64 € pro Einwohner). Hinzu kommen sehr hohe Erm.reste 2019 von 484.322 € für den Radweg Breslauer Straße und Radverkehrsausstattung (12,31 € pro Einwohner).

17. Die SPD-Fraktion fordert erneut ein Gesamtkonzept "Sauberkeit in Ostfildern".

Im Rahmen der aktuell zur Verfügung stehenden Finanz- und Personalressourcen ist eine Ausweitung der Aktivitäten nicht möglich.

18. Die Fraktion möchte Kunst im öffentlichen Raum sichern und erwartet von der Verwaltung erneut Vorschläge, wie dies im Jahr 2020 geschehen kann.

Bericht im 2. Quartal 2020.

#### V. Anträge von Stadtrat Reinhart Sauer (FDP)

1. Herr Stadtrat Sauer beantragt die Schaffung einer Ausbildungsplattform für Erzieherinnen und Erzieher über die Volkshochschule, so dass qualitativ optimal ausgebildet und entsprechendes Personal selbst generiert werden kann.

Aufgrund des sehr hohen und komplexen Aufwands wird von der Einrichtung einer Schulfremdenprüfung an der VHS Ostfildern abgesehen. Es wird geprüft, inwieweit ein solches Angebot mit der VHS Esslingen im Verbund angeboten werden kann.

2. Herr Stadtrat Sauer beantragt eine Aufstellung über die Bevölkerungszahl in Ostfildern zu machen, die einen Wohnberechtigungsschein haben und zu ermitteln, welche Wohnfläche für diesen Personenkreis geschaffen werden müsse.

Zum Stand 19.12.2019 waren es 120 Wohnberechtigungsscheine (WBS).  
 1-Pers.-HH 46 WBS x 45 m<sup>2</sup> = 2.070 m<sup>2</sup>  
 2-Pers.-HH 31 WBS x 60 m<sup>2</sup> = 1.860 m<sup>2</sup>  
 3-Pers.-HH 21 WBS x 75 m<sup>2</sup> = 1.575 m<sup>2</sup>  
 4-Pers.-HH 14 WBS x 90 m<sup>2</sup> = 1.260 m<sup>2</sup>  
 5-Pers.-HH 4 WBS x 105m<sup>2</sup> = 420 m<sup>2</sup>  
 6-Pers.-HH 4 WBS x 120m<sup>2</sup> = 480m<sup>2</sup>  
 Summe: 7.665 m<sup>2</sup> Wohnfläche

3. Herr Stadtrat Sauer fordert die Gleichbehandlung von Freelancern mit Deputatsinhabern bei der Musikschule.

Die aktuelle Quote betrögte 75:25 (TVöD:Honorar). Von einer vollumfänglichen TVöD-Umwandlung wird abgeraten. Bericht im 3. Quartal 2020.

4. Herr Stadtrat Sauer bittet über den Kreistag ein Rechtsgutachten erstellen zu lassen, ob und in welchem Umfang Arbeitsleistungen insbesondere in der Pflege, der Betreuung und der Gesundheitsfürsorge den Sozialhilfeempfängern zugemutet werden kann und welche Leistungen sie für die Allgemeinheit erbringen müssten, um die Personalknappheit insbesondere im Kinder- und Pflegebereich zu vermindern.

Die Bitte wird an die Kreisverwaltung weitergeleitet.

5. Herr Sauer beantragt eine Eigenevaluierung von jedem Fachbereich mit dem jeweiligen Einsparungsziel von 2 % der dortigen Personal- und Sachkosten.

Das ist ohne konkrete Beschlüsse des Gemeinderats zur Einschränkung von Angeboten/Aufgaben haushaltsrechtlich nicht umsetzbar. Eine globale Minderaufwendung kann nach § 24 GemHVO nur in Höhe von 1% veranschlagt werden. Mit 2% ergäbe sich im HH 2019 eine Einspargröße in Höhe von 1,017 Mio. €. Der Jahresabschluss 2019 zeigt auf, dass mit rd. 0,7 Mio. € bei den Personalausgaben und rd. 1,0 Mio. € bei den Sachausgaben, die nicht verbraucht wurden, dieser Betrag sogar überschritten wird.

6. Herr Stadtrat Sauer beantragt, dass für länger parkende Fahrzeuge wie z.B. Wohnmobile entsprechende vorübergehende Stellplätze z.B. im neuen Gewerbegebiet Unter dem Plieninger Weg geschaffen werden.

Das ist aus heutiger Sicht nicht machbar. Aktuell werden die Erschließungspläne erarbeitet, danach erfolgen die Erschließungsarbeiten. Erst dann sind die Flächen an das örtliche Verkehrsnetz angebunden. Die künftigen Bauflächen sind Erdflächen nach Abtrag der Humusschicht. Ein Befahren /Abstellen von Fahrzeugen ist auf unbefestigten Flächen nicht möglich.

7. Herr Stadtrat Sauer fordert die Erstellung eines Gutachtens zur Errichtung einer Biogasanlage zur energetischen Nutzung von Bioabfall (anstatt Kompostierung) sowie die Förderung einer Wasserstofftankstelle.

Die Verwertung von Bioabfällen ist eine Aufgabe des Landkreises. Die Realsierung einer Wasserstofftankstelle wird bei zukünftigen Gebietsentwicklungen im Rahmen von Mobilitäts- und Energiekonzepten geprüft.

#### VI. Anträge von Stadträtin Dr. Jutta Zwaschka (Die LINKE)

1. Frau Dr. Zwaschka bittet die Verwaltung die Anzahl der Gemeinderäte bei der nächsten Kommunalwahl von 26 auf 32 zu erhöhen.

Die Anzahl der ehrenamtlichen Gemeinderäte richtet sich nach § 25 Abs. 2 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO). Für Gemeinden mit 30 - 50.000 Einwohnern sind 32 Gemeinderäte vorgesehen. Allerdings kann durch die Hauptsatzung bestimmt werden, dass für die Zahl der Gemeinderäte die nächst niedrigere Gemeindegrößengruppe maßgebend ist. Für Gemeinden von 20 -30.000 Einwohnern sind 26 Gemeinderäte festgelegt. Mit Beschluss vom 10.03.1999 (Vorlage Nr. 31/1999) hat der Gemeinderat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Nach § 3 der Hauptsatzung besteht der Gemeinderat in Ostfildern aus dem Oberbürgermeister und 26 ehrenamtlichen Gemeinderätinnen und -räten.

2. Außerdem beantragt Frau Dr. Zwaschka, dass bei der Vergabe von städtischen Auftragsarbeiten ausschließlich solche Betriebe den Zuschlag erhalten, die ihre Beschäftigten nach geltendem Tarifvertrag entlohnen.

Wird bereits grundsätzlich beachtet.

3. Frau Dr. Zwaschka fordert ein kostenfreies Mittagessen für alle Schüler.

Auf Basis der Essenzahlen 2019 des KuBinOs betrüge der jährliche Kostenaufwand rd. 232.000,- € (ohne Außerhausverpflegung). Bei einem kostenfreien Mittagessensangebot ist von einer steigenden Nachfrage auszugehen.

4. Des Weiteren beantragt Frau Dr. Zwaschka die Einführung eines Sozialtickets für einen Euro.

Der Antrag wird an die Kreisverwaltung weitergeleitet.

## Allgemeine Anträge und Anregungen des Gemeinderats bei der Generaldebatte des Haushaltsplans 2019 am 14.11.2018 (noch offen)

Ursprüngliche Anmerkungen vom  
Januar 2019

### I. Fraktion Freie Wähler Ostfildern e.V.

1. Die Fraktion beantragt, dass zuerst eine Planung für die Erich Kästner-Schule mit entsprechender Zeitschiene erstellt und erst danach der Umbau in der Schule im Scharnhäuser Park angegangen wird. Für die Schüler der Erich Kästner-Schule muss bereits im September 2019 eine klare Perspektive bestehen, wie es weitergehen wird.

Es ist vorgesehen, dass Containerschulräume an verschiedenen Standorten im Campus ab Herbst 2019 für zusätzliche Raumbedürfnisse der EKS-Gemeinschaftsschule bzw. für die GSV-Gymnasien zur Verfügung stehen können. Nach dem Standortbeschluss der EKS im Campus besteht kein inhaltlicher Zusammenhang mehr zwischen den Planungen beider Projekte.

3. Die Freien Wähler beantragen eine Untersuchung über die finanziellen und personellen Folgen eines weiteren Einwohnerzuwachses auf Kapazitäten öffentlicher Einrichtungen wie bspw. Schulen und Kindertagesstätten und der Verwaltung .

Diese Untersuchungen sind Teil des Antrags 4. Die quantitativen Auswirkungen sind bereits in die Szenarien-Untersuchungen von Biregio zur Schul- und Kindergartenplanung eingeflossen. Aussagen zu den Auswirkungen auf die städtische Infrastruktur können erst getroffen werden, wenn die Umsetzungszeitpunkte der einzelnen Stadtentwicklungsgebiete (Beginn, Abschnitte, Ende) konkret festgelegt wurden. Dann kann der jahresbezogene Bedarf für die Infrastruktureinrichtungen (z.B. Schulen, Kindertagesstätten) ermittelt bzw. geprüft werden.

### II. CDU-Fraktion

1. Die CDU erinnert an den letztjährigen Antrag, bei Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben die Balance zwischen Machbarem und Wünschenswertem zu finden.

Eine Übersicht über Projekte wurde in der Finanzklausur im März 2018 vorgelegt. Darüber hinaus wird auf den Bericht in der Finanzklausur 6./7.3.2015 hingewiesen, in welchem Pflicht- und freiwillige Aufgaben dargestellt waren. Den Aufgaben lagen in der Regel eine politische Entscheidung des Gemeinderats zugrunde. Die Wirtschaftlichkeit wird selbstverständlich berücksichtigt.

# Antrag CDU Ziffer 20 - Kostenfreie ÖPNV-Nutzung für Schüler und Schülerinnen (SuS) in Ostfildern

Anlage 2

## Anmerkungen:

Es war nicht einfach die Anfrage zu beantworten, da nicht bekannt ist, wie viele Monate im Jahr Schüler, die in Ostfildern wohnen, ein Scool-Abo nutzen. Es wurde angenommen, dass nur Schüler in weiterführenden Schulen den ÖPNV nutzen und aufgrund der Ferienzeiten und des kostenfreien Tickets für den Monat August mindestens 10 Monatstickets im Scool-Abo erwerben.

Kosten Scool-Abo / Monat	1 Zone	2 Zonen
	€49,20	63,50 €

## Ermittlung Schülerzahlen (SuS)

Schule	Gesamtzahl	Ostfildern	GSV-Gebiet	Sonstige
Riegelhof Realschule	645	504	62	79
OHG	937	633	190	114
HHG	938	615	223	100
EKS Werkrealschule	103	77	15	11
EKS GMS	313	248	40	25
Summe	2.936	2.077	530	329

Somit könnten max. 2.077 SuS aus Ostfildern den ÖPNV über Scool-Abo nutzen. Nicht bekannt ist allerdings die Zahl der SuS, die in Ostfildern wohnen, aber weiterführende Schulen außerhalb Ostfilderns besuchen. Deshalb wurde beim VVS die Anzahl der Scool-Abonnenten, die in Ostfildern wohnen, abgefragt. In Ostfildern wohnen 1.557 SuS, die ein Scool-Abo besitzen. Von diesen besuchen 1.297 eine Schule in Ostfildern. Somit besuchen die anderen 260 SuS Schulen außerhalb Ostfilderns.

## Kostenfreie Nutzung des ÖPNV / Berechnung

<i>Maximal</i>	Schüler aus Ostfildern x 10 Monatstickets = 2.077 SuS x (49,20 € x 10) =	<b>Kosten/Jahr</b> 1.021.884 €
----------------	---	-----------------------------------

<i>Aktuell</i>	Scool-Abo-Nutzer aus Ostf. x 10 Monatstickets = 1.297 SuS x (49,20 € x 10) =	638.124 €
----------------	---	-----------

Es wird angenommen, dass die SuS, die Schulen außerhalb Ostfilderns besuchen, ein 2-Zonenticket benötigen

<i>ausw. Schule</i>	260 SuS x (63,50 € x 10) =	165.100 €
---------------------	----------------------------	-----------

<b>Kosten pro Jahr für kostenfreie ÖPNV-Nutzung</b>	<b>mindestens</b>	<b>803.224 €</b>
<b>Kosten pro Jahr für kostenfreie ÖPNV-Nutzung</b>	<b>maximal</b>	<b>1.186.984 €</b>

04.02.2020

ZD/II